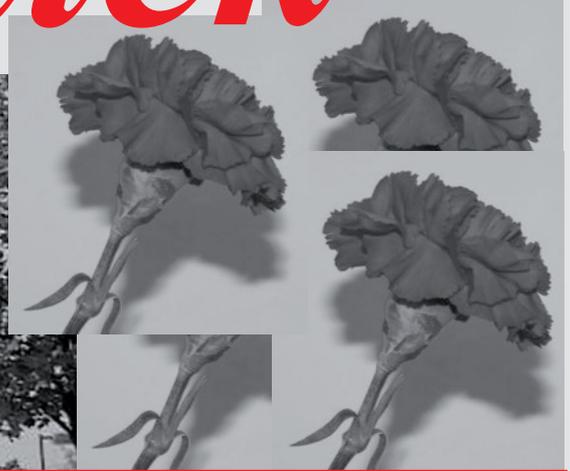


LinksBlick



Kreisverband und Kreistagsfraktion DIE LINKE. Teltow-Fläming

Schwarz-Gelb contra Mindestlohn

In der April-Ausgabe unseres „LinksBlick“ haben wir über den Antrag der Bundestagsfraktion DIE LINKE berichtet, der Bundestag möge für die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns in Höhe von zehn Euro brutto bis 1. Mai 2013 stimmen, um nach dem 1. Mai 2011 flächendeckende Dumpinglöhne zu verhindern.

Im Antrag der Fraktion DIE LINKE heißt es: „Am 1. Mai 2011 tritt die vollständige Arbeitnehmerfreizügigkeit und Dienstleistungsfreiheit für Beschäftigte und Unternehmen aus den 2004 beigetretenen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union in Kraft. Damit erhöhen sich auch die Anforderungen an den Schutz grenzüberschreitend tätiger Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.“

Betroffen sind also Arbeitnehmer aus Estland, Lettland, Litauen, Polen, der Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn. Sie dürfen ohne Einschränkungen in Deutschland arbeiten zu Bedingungen, die in ihren Heimatländern herrschen. Das heißt im Klartext: Da die Löhne in diesen Ländern weit unter denen in Deutschland liegen, können Unternehmer diese Arbeitskräfte zu den Niedriglöhnen ihrer Heimatländer beschäfti-

gen. Abgesehen davon, dass deutsche Arbeiter damit schlechtere Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben, werden die ausländischen Arbeitskräfte noch mehr ausgebeutet als die deutschen. Eine Solidarität unter den Arbeitnehmern wird nur schwer herzustellen sein. Schon im Alten Rom galt der Grundsatz: „Divide et impera!“ – „Teile und herrsche!“

Was spricht für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns?

- Da keine gesetzliche Lohnuntergrenze festliegt, werden bereits jetzt – vor der Einführung der Arbeitnehmerfreizügigkeit – ausländische Arbeitskräfte als Lohndrücker missbraucht.
- Ohne Mindestlohn droht eine weitere Absenkung der Löhne.
- Das kann zu einer Entsolidarisierung zwischen ausländischen und inländischen Arbeitnehmern führen und ausländerfeindliches Verhalten fördern.
- „Bereits heute arbeiten sieben Millionen Menschen in Deutschland zu Stundenlöhnen unter neun Euro, davon sogar mehr als zwei Millionen zu Stundenlöhnen von unter sechs Euro. Diese Menschen sind arm trotz Arbeit.“ (Antrag der Fraktion DIE LINKE) Ohne Mindestlohn wird also Armut trotz Arbeit in Deutschland EU-weit gefördert.

Fortsetzung auf Seite 9

Teltow-Fläming im Bild

Jede Ausgabe unserer Zeitung hat ein neues Bild aus Teltow-Fläming. Wer erkennt den Ort der Aufnahme?



Auflösung des Bilderrätsels der letzten Ausgabe

Seite 5

Zitiert ...

Als ich die Erde in der Raumkapsel umkreiste, habe ich gesehen, wie schön unser Planet ist. Lasst uns diese Schönheit erhalten und vergrößern, nicht zerstören.

Juri Gagarin (1934-1968)

DIE LINKE.

EINE VON UNS

Im Gespräch mit Ingrid Köbke

I. Köbke: *Ilka, schildere bitte kurz Deine bisherige Entwicklung, damit unsere Leser Dich ein bisschen kennenlernen.*

Ilka Pietsch: Ich bin Jahrgang 1944, mein Vater ist im Krieg gefallen, meine Mutter stand mit vier Kindern allein da. Später hat sie noch einmal geheiratet.

Ich habe die Schule besucht, das Abitur erworben und danach an der Pädagogischen Hochschule Dresden die Fächer Russisch und Geschichte studiert. Sechs Jahre habe ich an der EOS Luckau unterrichtet, danach ein Direktstudium an der Bezirkssparteschule absolviert und von 1973 bis 1978 in der SED-Kreisleitung Luckau gearbeitet. Nach einer Tätigkeit als Erzieherin in einem Lehrlingswohnheim unterrichtete ich ab 1981 an der POS in Dahme, später bis 2004 an der Gesamtschule Dahme. Seitdem bin ich Rentnerin.

Ich habe einige Schwierigkeiten meistern müssen, denn ich war immer ein widersprüchliches Wesen, konnte meinen Widerspruchsgeist nicht unterdrücken.

I. Köbke: *Wie kam es zur Initiative, Kinder von Tschernobyl nach Dahme einzuladen?*

Ilka Pietsch: Im Oktober 1992 ging die Initiative von der evangelischen Kirchgemeinde Dahme aus. Auch andere Bürger haben darauf reagiert. So bin ich von Anfang an dabei. Bereits 14 Tage vor Weihnachten 1992 waren die ersten Kinder in Dahme, damals im Kirchlichen Seminar untergebracht. 2003 ist die Kirchgemeinde aus dieser Aktion ausgestiegen, jetziger Träger ist die AWO. Es gibt einen ehrenamtlichen Vorstand, in dem ich erst für Finanzen verantwort-



Ilka Pietsch

lich war, jetzt bin ich seit einiger Zeit die Vorsitzende.

Unsere Hauptaufgabe besteht darin, Sponsoren zu gewinnen, da wir diese Gelder als einzige Unterstützung zur Verfügung haben. Außerdem organisieren wir die Veranstaltungen während des Aufenthaltes und gewinnen Familien, die die Kinder an den Wochenenden bei sich aufnehmen. Anfangs kamen 22 Kinder; da die Unterkunft in der Pension der Fahrschul GmbH nur für 16 Kinder reicht, mussten wir die Teilnehmerzahl verringern. Uns unterstützen Gaststätten mit Einladungen zum Essen, wir erhalten für die Schlossbesichtigung in Lübbenau und für Kahnfahrten durch den Spreewald Sonderkonditionen.

Eine Kirchgemeinde aus Berlin unterstützt uns auch. Für die Unterkunft in der Pension erhalten wir ebenfalls einen Preisnachlass. Es gibt also viele fleißige Helfer, ich bin nur ein Rad im großen Getriebe.

I. Köbke: *Warum ist der Aufenthalt der belorussischen Kinder in Dahme so wichtig?*

Ilka Pietsch: Wenn diese Kinder, die

im verstrahlten Einzugsgebiet des explodierten AKW Tschernobyl leben, drei Wochen in reiner Luft verbringen können, stabilisiert sich ihr Immunsystem für ein Jahr. Sie haben keine Wahl, sie müssen dort leben. Das Gebiet Mogiljow/Bobruisk bekommt die Folgen des Atomunfalls bis heute zu spüren. Je dichter die Kinder an der Sperrzone wohnen, desto höher sind die Strahlenwerte. Davon besonders betroffen sind Kinder aus dem Dorf Barkalabawa, die Kreisstadt ist Bychow.

In diesem Jahr kommt ein Sportstudent als Betreuer mit, der als Kind schon in Dahme war. Ich habe inzwischen eine „Enkelin“ in Belorussland, zu ihrer Familie haben sich freundschaftliche Beziehungen entwickelt.

Zu dem gesundheitsfördernden kommt noch der ideelle Wert. Jeder „Tschernobylez“ kommt aus Dahme/Deutschland als Multiplikator zurück. Die Kinder erzählen Nachbarn, Freunden und Verwandten, was sie in Deutschland erlebt haben, wie sie von Deutschen betreut worden sind.

I. Köbke: *Wie können die LinksBlick-Leser Euch unterstützen?*

Ilka Pietsch: Wir benötigen auch für dieses Jahr noch Geldspenden, die auf folgendes Konto eingezahlt werden können: BLZ: 180 626 78 bei der Volks- und Raiffeisenbank Lausitz e.G., Konto-Nummer: 000 303 3333 AWO Dahme. Jede noch so kleine Spende zählt.

Wir suchen für die Zeit vom 27. Juni bis 18. Juli auch noch Gasteltern, bei denen die „Tschernobylzi“ die Wochenenden verbringen. Wir sind auch dankbar für das Angebot an Veranstaltungen, wie uns zum Beispiel die Kreativbude Wahlsdorf unterstützt,

Verbesserung der Sportstätten-situation

Fraktion SPD/LINKE/VUB legt zur Verbesserung der Sportstätten-situation in Zossen einen Fünf-Punkteplan vor

oder den Besuch von Bädern oder die Einladung zu einer Kremserfahrt.

I. Köbke: *In einem Gespräch mit mir hast Du eine Reise nach Minsk erwähnt. Worum geht es dabei?*

Ilka Pietsch: 25 Jahre nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl findet ab Mitte April ein Kongress in Minsk statt, auf dem u.a. Erfahrungen über die Zusammenarbeit von Deutschland und Belarusland bei der Tschernobyl-Hilfe ausgetauscht werden. Die organisatorische Leitung in Deutschland liegt in den Händen des Internationalen Bildungszentrums „Johannes Rau“ in Düsseldorf. Zu diesem Kongress bin ich eingeladen.

I. Köbke: *Welche Gedanken verbindet Du mit den Ereignissen in Tschernobyl 1986 und Fukushima 2011?*

Ilka Pietsch: Ich stelle mir immer wieder die Frage: Musste die Katastrophe in Fukushima passieren? Die westlichen Atompolitiker behaupten immer wieder mit einer Arroganz: Unsere AKW sind sicher. Nur die russischen sind schlampig gebaut.

Aus den Ereignissen von Tschernobyl sind keine Lehren gezogen worden. Warum gibt es in Deutschland bis heute keine Gesetze für den endgültigen Ausstieg aus der Atomenergie? Ein zweites Tschernobyl hätte verhindert werden können.

I. Köbke: Ich danke Dir für das Gespräch und wünsche Dir viel Kraft und Gesundheit für die Erfüllung so wichtiger Aufgaben: die Verbesserung der Gesundheit von Kindern, die in verstrahlten Gebieten leben müssen. <

**Miteinander
verändern!**

Die Freisportanlagen sind in der gesamten Stadt Zossen in einem schlechten Zustand. Dies gilt besonders für die Schulsportfreianlagen, die kaum noch nutzbar sind. Das ist das Fazit der nun vorgelegten Sportstättenentwicklungsplanung für Zossen. Ursache für diesen Zustand ist die mangelnde Pflege und Unterhaltung der Anlagen. Die Sporthallen werden hingegen als gut bewertet. Allerdings besteht bei den Sporthallen ein enormes Defizit an Hallensportfläche. Das ist die Ausgangssituation, der sich die Stadt jetzt stellen muss.

Die Sportstättenentwicklungsplanung für Zossen beschreibt jedoch nur ein einziges Vorhaben: das Sportforum Zossen. Was perspektivisch aus den anderen Sportanlagen, insbesondere aus den Anlagen bei den Schulstandorten, hinsichtlich der Ertüchtigung, Erweiterung und der Ergänzung wird, bleibt völlig offen. Somit wird das Ziel der Sportstättenentwicklungsplanung, Handlungsempfehlungen für notwendige Maßnahmen für die Sportstätten im gesamten Stadtgebiet zu geben, verfehlt. Es fehlt ein Maßnahme-, Zeit- und Finanzplan für alle städtischen Sportanlagen (Sportfreiflächen und Sporthallen), der allen Schulen und Sportvereinen der Stadt eine Perspektive bietet.

Der Stadtverordnetenversammlung wurde ein Offenlagebeschluss für einen B-Plan Sportforum Zossen - ein 7,4-Mio.-€-Projekt - vorgelegt. Gegenstand des B-Planes war der Schulsport, der Vereinssport und der touristische Sport (Tennisplätze, Tribünen, Kegelbahn...). Dieser Offenlagebeschluss wurde mehrheitlich abgelehnt. Abgelehnt wurde er, weil dieses Projekt zu groß ist und damit

den anderen Schulen und Vereinen der Stadt keine Perspektive aufgezeigt worden wäre.

Die Fraktion SPD/LINKE/VUB hat nun zur Lösung des Sportstättenproblems einen Fünf-Punkteplan vorgelegt:

1. Es soll ein B-Plan-Entwurf „Sportanlage Dabendorf, Teilabschnitt - Schulsportanlagen“ mit dem MSV Zossen 07, der Grundschule Dabendorf, der Gesamtschule Dabendorf und den zuständigen Ausschüssen erarbeitet werden.

2. Gleichzeitig ist ein Maßnahme-, Zeit- und Finanzplan für die städtischen Sportanlagen (Sportfreiflächen und Sporthallen) zu erarbeiten, der den Schulen und allen Sportvereinen der Stadt eine Perspektive bietet. Wichtig ist uns, dass diese Maßnahmen gemeinsam mit den Schulen, den Vereinen und den Ausschüssen erarbeitet werden.

3. Ferner sollte unbedingt die Art der Betreuung/Unterhaltung der Sportfreiflächen geregelt werden, damit nach der Sanierung bzw. dem Neubau die Pflege und Unterhaltung nicht wieder vernachlässigt werden.

4. Als Sofortmaßnahmen müssen die Schulsportanlagen so instand gesetzt werden, dass eine gefahrlose Nutzung für die Schulen möglich ist.

5. Die großen Sportvereine sollen vor Saisonbeginn für die Vorbereitung ihrer Plätze finanzielle Mittel von der Stadt bekommen.

*Carsten Preuß, Vorsitzender der
Fraktion SPD/LINKE/VUB*

Linke Politik im Landtag

Gesundheitsversorgung braucht Kooperation und mehr Einfluss der Bundesländer

Mehr Geld für mehr Ärzte in unterversorgten Regionen, aber kein Anstehen der Strukturen in Regionen mit eindeutig zu vielen Ärzten. Das ist nach dem Einknicken von Bundesgesundheitsminister Rösler vor den Bundestagsfraktionen von FDP und CDU/CSU jetzt die Marschroute der schwarz-gelben Bundesregierung.

Für DIE LINKE ist klar: Es gibt in Deutschland insgesamt nicht zu wenige Ärzte; es gibt aber extreme regionale Unterschiede. Bevor mehr verteilt werden kann, muss umverteilt werden. Wer wie CDU/CSU und FDP nur eine Seite, nämlich die Lücken, betrachten und diese mit mehr Geld bekämpfen will, sorgt für erhebliche und unnötige Mehrkosten. Und diese Mehrkosten werden künftig, dank Schwarz-Gelb, auch noch einseitig von den Versicherten in Gestalt von Zusatzbeiträgen aufgebracht werden müssen. Auch im Hinblick auf die Mitbestimmungsmöglichkeiten der Länder in Versorgungsfragen hat Schwarz-Gelb die Zusagen Röslers wieder gekippt. In der ambulanten Versorgung haben die Bundesländer auch künftig so gut wie keine Möglichkeit, auf eine bessere Verteilung der Ressourcen Einfluss zu nehmen. Es ist unverfroren, wenn die märkische CDU ständig nach der Landespolitik ruft, aber im Einklang mit Schwarz-Gelb den Ländern ausdrücklich die Handlungsmöglichkeiten verweigert. Der rot-roten Landesregierung in Brandenburg ist es gelungen, mit allen an der gesundheitlichen Versorgung Beteiligten gemeinsame Handlungsfelder und Maßnahmen zu verabreden. Sie sind im Konzept „Künftige Sicherstellung der gesundheitlichen Versorgung in Brandenburg“ zusammengefasst und nachzulesen. Der Erfolg führt nicht über kurzatmige und fragwürdige Einzelmaßnahmen, sondern über Kooperation und die Überwindung star-

rer Grenzen unterschiedlicher Versorgungsbereiche. Diesen Weg geht Brandenburg.

Konzeptionslosigkeit der Bundesregierung trifft Menschen mit Behinderungen

Mit der Aussetzung der Wehrpflicht haben sich neue Fragen in wichtigen Bereichen ergeben, in denen bisher Zivildienstleistende tätig gewesen sind. Der Handlungsbedarf war der Bundesregierung seit Langem bekannt. Das vor zwei Wochen verabschiedete Gesetz über den Bundesfreiwilligendienst trägt dem bestehenden Handlungsbedarf leider nicht Rechnung. Beispiel hierfür sind die dramatischen Auswirkungen zum Nachteil von Schülerinnen und Schülern mit Behinderung. In der Stadt Cottbus waren bisher 16 sogenannte Gruppenbetreuer tätig, von der Stadt bezahlt. Diese Gruppenbetreuer helfen vor allem Schülerinnen und Schülern mit Handicap, auf ganz normalen Schulen den Alltag zu meistern. Dies können mitunter einfache Handreichungen sein. So gibt es in einem Gymnasium in Cottbus drei Gruppenbetreuer für 22 Schülerinnen und Schüler. Diese Schüler können zum Beispiel Rheuma, aber auch andere Handicaps haben. Das benannte Gymnasium kommt sehr gut mit den drei Gruppenbetreuern aus. Mit dem Inkrafttreten des Gesetzes über den Bundesfreiwilligendienst ist die nötige solide Finanzierungsbasis von der Bundesregierung nicht geschaffen worden. Natürlich ist es richtig, dass ein Freiwilliger ein Taschengeld von 500 Euro erhalten soll. Aber dafür kann nicht die Stadt Cottbus aufkommen. Es kommen ja noch weitere Kosten hinzu. Auch die Träger sehen sich außerstande, aus dem Stehgreif finanzielle Mehrbelastungen zu schultern. Cottbus allein braucht im nächsten Schuljahr ca. 19 Gruppenbetreuer. Die Bundesregierung verfährt nach dem Prinzip: Nach



mir die Sintflut. Sie hat ein Gesetz erlassen, das auf Grund der Unterfinanzierung dramatischste Auswirkungen für die Betroffenen haben wird. Es muss schnellstens eine Lösung nachgeschoben werden. Die Planungen in den Schulen für das neue Schuljahr haben bereits begonnen - und diese Fragen sind ungeklärt. Dies ist untragbar.

Keine Kluft zwischen landwirtschaftlichen Betrieben schaffen

Die Brandenburger Grünen wollen künftig keine landwirtschaftlichen Großbetriebe unterstützen. „Dies ist in Brandenburg nicht machbar und würde an den über Jahrzehnte gewachsenen landwirtschaftlichen Strukturen rütteln“ erklärt Dr. Michael Luthardt. „In der Diskussion sollten wir vom augenblicklichen Zustand ausgehen, der von einem Nebeneinander von großen Agrarbetrieben und auch kleineren Familienbetrieben geprägt ist.“ Dabei steht es natürlich außer Frage, dass die großen Betriebe effektiver wirtschaften können als kleine.

Ein ökologischer und sozialer Umbau der Landwirtschaft ist auch das erklärte Ziel der LINKEN, doch ist dieser nicht von der Betriebsgröße abhängig. Luthardt: „Mittlerweile sind auch die führenden Ökolandwirtschaftsbetriebe Großbetriebe. Ein Gegeneinander zwischen groß- und kleinbäuerlicher Wirtschaft sollte nicht herbeigeredet werden. Dies schadet der Landwirtschaft in Brandenburg insgesamt.“ <

„Rosa Luxemburg und die Demokratie“

Unter diesem Thema stand der Bildungsabend, an dem Dr. Holger Politt im März in Luckenwalde sprach und mit uns Teilnehmern diskutierte. Da er für die Rosa-Luxemburg-Stiftung sieben Jahre in Warschau gearbeitet hat, die polnische Sprache perfekt beherrscht, hatte er genügend Gelegenheit, sich mit Rosa Luxemburg, ihren Auffassungen, die z.T. nur in polnischen Schriften veröffentlicht sind, zu befassen.

Er sieht Rosa Luxemburg als Tochter ihrer Zeit (1871 – 1919), die im dreigeteilten Polen aufwächst und zur Verfechterin großer Staaten mit vielen Nationalitäten wird. Die Polen sollten in Russland, Deutschland und Österreich/Ungarn ein gleichberechtigtes Leben führen dürfen.

Sie sieht die bürgerliche Demokratie als Möglichkeit, sowohl im Interesse der Bourgeoisie als auch im Interesse des Proletariats ein „offenes öffentliches Leben“ zu gestalten. „Demokratie ist das halbe Paradies auf dem Weg zum Sozialismus“, behauptet sie. So hat sie die Regeln der bürgerlichen Demokratie akzeptiert, weil die Sozialdemokratie u.a. das Parlament nutzen konnte im

Interesse des Proletariats. Über die Zustimmung der Sozialdemokratie zum Ersten Weltkrieg war sie bitter enttäuscht.

Als genaue Marx-Schülerin und suchende Denkerin setzte sie sich mit Lenins Lehre von der Partei neuen Typus kritisch auseinander, sie lehnte sie ab. Die Demokratie, wie sie sie in der Schweiz in der Illegalität kennengelernt hatte, sah sie als Muster; genauso war die deutsche Sozialdemokratie bis 1914 für sie das Vorbild für die polnischen Sozialdemokraten. Sie akzeptierte auch die Diktatur des Proletariats, aber nur für eine begrenzte Zeit. Diese sollte von der Arbeiterklasse durch ein Räte-System abgelöst werden. Zentralisationsprozesse sollten sich von unten entwickeln, aber nicht im Selbstlauf. Die Sozialdemokraten sollten das tun; Klassenbewusstsein muss nach ihrer Meinung organisiert werden.

Wir Teilnehmer an diesem Bildungsabend waren uns einig: Es lohnt sich, bei Rosa Luxemburg nachzulesen, um sich mit aktuellen Fragen auseinanderzusetzen.

*Ingrid, Köbke,
Nuthe-Urstromtal*

Neues aus Ludwigsfelde



Am 5. April 2011 fand die 31. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung Ludwigsfelde statt. Diese hob

sich deshalb aus so mancher anderen heraus, weil an diesem Tag unter anderem die Wahl des Ersten Beigeordneten auf der Tagesordnung stand.

Es war kein Geheimnis, dass der Wunschkandidat unseres Bürgermeisters, Herr Frank Gerhard, sein Parteikollege, Herr Rene Böttcher, war.

Länger als zwei Jahre war über dieses Amt diskutiert und spekuliert worden. Herr Böttcher hatte schließlich den Parteivorsitz in Ludwigsfelde, den Fraktionsvorsitz in der Stadtverordnetenversammlung und schließlich sein Mandat abgegeben, um auf diese Aufgabe vorbereitet zu sein. Auf die öffentliche Ausschreibung gab es 18 Bewerber, auch Heiner Reiß, parteiloses Mitglied in unserer Stadtfraktion, der sich bei der Vorstellung hervorragend schlug. Nun stand die Frage, ob ein Bewerber, der gleichzeitig Stadtverordneter ist, sich an der Wahl beteiligen darf, oder ob er mittelbar oder unmittelbar befangen ist. Die Kommunalaufsicht sah darin kein Problem, da es beim Termin 5. April nur um Herrn Böttcher ging. Diese Antwort gefiel aber dem Bürgermeister gar nicht und es wurde ein Gutachten bemüht.

Unser Heiner Reiß ging allem aus dem Weg, indem er an der SVV nicht teilnahm – aber war er auf diese Art nicht „neutralisiert“ worden??

Jedenfalls ist Herr Böttcher mit 16 Ja-Stimmen zu 12 Nein-Stimmen in geheimer Wahl zum Ersten Beigeordneten gewählt. Wünschen wir ihm bei seinen Entscheidungen immer ein glückliches Händchen zum Wohle der Ludwigsfelder Bürger.

*Angelika Linke, Stadtverordnete
Ludwigsfelde*

< Auflösung Bilderrätsel



Zu sehen ist hier das Dammtor in Jüterbog. Es ist das am besten erhaltene von den drei Stadttoren Jüterbogs. Sein imposantes Erscheinungsbild sollte die städtische Macht demonstrieren.

Nach dem Stadtbrand von 1478 wurde auch das Dammtor bis zum Jahr 1511 wieder neu aufgebaut. Zwar wurde das Innentor 1851 abgerissen, da ein Standbild von Friedrich Wilhelm III. nicht hindurch passte, aber ein Teil der Mauern, welche die Straße zwischen äußerem und innerem Tor säumten, und die beiden Türme, die es schützen sollten, sind erhalten geblieben.

Seinen Namen erhielt das Dammtor von der Siedlung Damm, die vor dem Tor lag. <

Notizen aus dem Karl-Liebknecht-Haus

von Maritta Böttcher

Mindestlohn unverzichtbar

Am 1. Mai 2011 ist es so weit. Verbliebene Einschränkungen in Deutschland und Österreich werden aufgehoben und es gilt auch hier für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus acht EU-Mitgliedstaaten Mittel- und Osteuropas die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit. Im Hinblick auf die Integration dieser Staaten in die Europäische Union ist das ein wichtiger Schritt.

DIE LINKE hat immer gefordert, dass solche Einschränkungen nur Übergangscharakter haben dürfen. Jeder Mensch muss die gleichen Rechte auf Freizügigkeit haben. Offene Grenzen sind zentraler Bestandteil eines sozialen, solidarischen und auf gleichen Rechten beruhenden Europas - ohne Ausgrenzung und Diskriminierung.

Doch wenn Arbeitnehmerfreizügigkeit nicht durch gesetzliche Mindestlöhne und soziale Mindeststandards am gleichen Ort für gleiche Arbeit für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer begleitet wird - wie in Deutschland -, droht ein Lohndumpingwettbewerb, der auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen wird. In Deutschland ist die Einführung eines existenzsichernden gesetzlichen Mindestlohns überfällig. Exportweltmeister und Lohnzurückhaltung sind nicht nur zwei Seiten einer Medaille, es ist die falsche Politik. Es wird die nackte Konkurrenz über die nicht steigenden Löhne ausgetragen statt über einen Wettbewerb um gute Produkte und umweltfreundliche Technologien. Deshalb ist die Binnenkaufkraft in Deutschland schwach. Stattdessen wird ein Großteil in europäische Länder exportiert. Deutschland profitiert vom europäischen Binnenmarkt und vom Euro. Andere Länder müssen importieren und Schulden machen. In Anbetracht der Tatsache, dass durch den Wegfall der

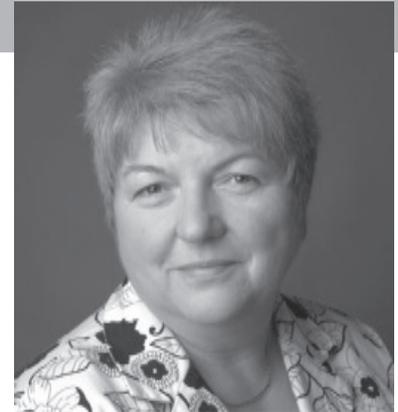
Wechselkursrisiken in der Eurozone deutsche Unternehmen Jahr für Jahr circa zehn Milliarden Euro sparen, ist die EU-Politik der Regierung Merkel eine Schande. Die Verteidigung und der Ausbau der sozialen Errungenschaften Europas verlangen intensivere Bündnisse mit Gewerkschaften, Kirchen, mit Beschäftigten in prekären Arbeitssituationen, mit Erwerbslosen und anderen. Der gemeinsame Kampf um die Einführung von Mindestlöhnen schafft Voraussetzungen für die Stärkung des sozialen Profils in ganz Europa. Exportmeister Deutschland muss die rote Laterne in Europa abgeben und endlich den Mindestlohn meistern.

Soziale Energiewende

Die Forderung der Bundesarbeitsministerin nach einem sozialen Atomausstieg klingt gut, darf aber nicht nur eine Sprechblase bleiben. Wenn die Bundesregierung lernfähig wäre, dann würde sie jetzt aus den Fehlern der Finanzkrise lernen. Die Kosten der Finanzkrise hat die Bundesregierung auf die Bürgerinnen und Bürger abgewälzt. Die Finanzindustrie zockt wieder nach den alten Spielregeln und kassiert wieder unglaubliche Boni. Wenn die Bundesregierung lernfähig wäre, dann würde sie das Atomkartell auflösen, die kommunalen Energieversorger stärken, den Atomausstieg im Grundgesetz verankern und Sozialtarife für Strom einführen.

Keine Soldaten nach Libyen

Der Beschluss des EU-Rates EUFOR Lybia macht die Tür für den Einsatz von EU-Truppen in einem Bodenkrieg auf. Das entspräche dem Wunsch der französischen und britischen Regierung nach einem militärisch erzwungenen Regierungswechsel. Den EU-Außenministern geht es nicht um den Schutz der Bevölkerung, sondern um die militärische Handlungsfähigkeit und den Einfluss der Europäi-



schen Union. Die Menschen in Libyen brauchen nicht noch mehr Soldaten, Bomben und Zerstörung, sondern eine Feuerpause und politische Verhandlungen.

Die UNO hat klar und deutlich eine militärische Begleitung für Hilfslieferungen abgelehnt. Humanitäre Hilfe erfordert Neutralität, um effektiv zu sein. Eine militärische Begleitung, besonders durch Truppen aus Staaten, die an dem Krieg beteiligt sind, gefährdet Helfer und Hilfe.

Die Bundesregierung soll klarstellen: Keine Soldaten nach Libyen unter dem Vorwand von humanitärer Hilfe! <

Die LINKE in Teltow-Fläming begrüßt die Entscheidung des Brandenburger Innenministers, Dietmar Woidke, die rechtsextremistische Vereinigung „Freie Kräfte Teltow-Fläming“ zu verbieten. Das ist ein wichtiges politisches Signal, um auf Verfassungsfeinde zu reagieren und die Zivilgesellschaft zu schützen. Das Verbot aber darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Kampf gegen den Rechtsextremismus weitergehen muss, auch in Teltow-Fläming!

Denn mit dem Verbot sind zunächst erst einmal nur die Strukturen und die verfassungsfeindlichen Inhalte in diesen verboten. Die Personen, die diese Strukturen tragen, sowie ihre inhaltlichen Vorstellungen und Gedanken sind nach wie vor da.

Kornelia Wehlan, Kreisvorsitzende

Bundesdeutsche Medien und DIE LINKE

Nach Befragungsuntersuchungen in den Medien rangiert der abgedankte Betrüger-Baron zu Guttenberg an vierter Stelle der Beliebtheit der Politiker. Man könnte gelassen auf so viel Unbedarftheit von der Vielzahl „Lieschen Müllers“ darüber hinwegsehen, denn es gibt auch die mündigen Bürger, die sich ihre eigenen Gedanken über die deutsche Meinungsmanipulation machen.

Ich glaube auch, dass bei den letzten Landtagswahlen nicht jeder Wahlbürger auf jede Manipulation hereingefallen ist. Bis zum Durchbruch der Akzeptanz der LINKEN im Süden Deutschlands wird es allerdings noch lange dauern. Nach Jahrzehnten des Antikommunismus (wobei unter Kommunismus alles verstanden wird, was nur nach einem Hauch von Alternativpolitik riecht, wird unser alternatives Gesellschaftskonzept nicht wahrgenommen. Dazu tragen die Medien bewusst bei. Gemessen an den absoluten Zahlen, die uns gewählt haben, können wir aber schon ganz zufrieden sein. Wenn DIE LINKE im Süden zu noch mehr Geschlossenheit und frei von Grabenkämpfen unsere gesellschaftlichen Positionen von mehr Gerechtigkeit vertritt, dann werden wir auch in allen Landtagen vertreten sein.

Aber auch im Osten Deutschlands müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass nach wie vor DIE LINKE in den Medien das Schmutzkind ist, obwohl wir hier eine Volkspartei sind. Konzerne, bürgerliche Politiker, der gesamte Überbau der Gesellschaft und die Meinungsmacher sehen schon allein dann ihre Pfründe in Gefahr, wenn wir vom demokratischen Sozialismus reden.

Selbst in Brandenburg, wo es eine Rot-Rote Regierung gibt, bleiben die

Medien und bürgerlichen Politiker auf Diskriminierungskurs, obwohl wir LINKE nach meiner Meinung eine äußerst weichgespülte Kompromisspolitik praktizieren. Wenn wir uns erinnern, wie die bürgerfeindliche Politik der CDU von den Medien geschont wird, kann man nur den Kopf schütteln. Auch in der Kommunalpolitik ist das zu spüren.

Die CDU setzt im Kreis auf Totalopposition. Wenn ein Politiker der CDU „hustet“, erscheint gleich ein Artikel mit Foto in der CDU-freundlichen Presse. Andererseits wird unsere direkt gewählte Landtagsabgeordnete, Kornelia Wehlan, viel zu gern vergessen. Das alles ist Kalkül und dient dazu, unsere verlässliche und sachdienliche Arbeit im Kreis und in den Gemeinden zu diskreditieren. Mit großem Brimborium werden von der CDU Skandale aufgedeckt, die sich

später in heißer Luft auflösen. Ein Volljurist und Landtagsabgeordneter hat z. B. anscheinend noch nichts über die rechtlichen Grundlagen eines Kaufvertrags gehört. Aber der angebliche Skandal geisterte in der Presse rum. Die spätere Aufklärung erfolgte kleinlaut und spärlich.

Natürlich geben einige Ereignisse Anlass zum - gelinde gesagt - Kopfschütteln. Aber wenn Leistungsträger seit über 20 Jahren (mit der CDU) fast uneingeschränkt und kritiklos die Politik bestimmen, dann besteht immer die Gefahr, sich von der Realität abzuheben. Wir sollten in aller Demut und frei von Überheblichkeit die korrektive Kraft finden, nahe beim Bürger zu bleiben und unserem gesellschaftlichen Anspruch gerecht zu werden.

*Dr. Rudolf Haase,
Kreistagsabgeordneter*

Neue Bürger für Teltow-Fläming



„Als 1. Stellvertretende Vorsitzende des Kreistages durfte ich am 11.04.2011 Mitbürgerinnen und Mitbürgern aus Italien, Rumänien, Usbekistan, Polen und Vietnam ihre Einbürgerungsurkunden überreichen.“

Diese schöne Tradition, die Einbürgerungsurkunden und die Abnahme

des Bekenntnisses zum Grundgesetz in einer Feierstunde durchzuführen, ist immer wieder für alle Beteiligten ein ergreifendes Erlebnis.

Im Gespräch mit den Neubürgerinnen habe ich meine Überzeugung zum Ausdruck gebracht, dass ihre Kultur Deutschland bereichern wird. Ihnen war besonders wichtig, dass es jetzt möglich ist, die bisherige Staatsbürgerschaft und damit die eigenen Wurzeln behalten zu können.

Leider gilt diese Regelung noch nicht für Vietnam. Für die Fotos danke ich herzlich der Pressestelle der Kreisverwaltung.“

*Maritta Böttcher,
Jüterbog*

Neues aus der Stadverordnetenversammlung

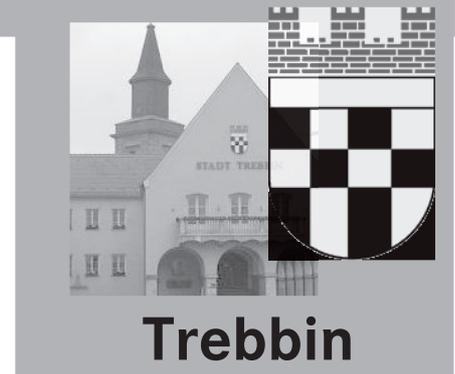
Wie schon von vielen bemerkt, zeichnet sich die Arbeit der Trebbiner Stadverordnetenversammlung nicht durch scharfe gegenseitige Anfeindungen aus, man könnte fast sagen, es gibt ein kollegiales Miteinander. Jedoch gibt es auch hier Persönlichkeiten, die sich in jeder Stadverordnetenversammlung erneut selbst darstellen müssen, Anfragen stellen und Diskussionen aufwerfen, welche in den Ausschüssen mit ihrer eigenen Zustimmung bereits sachlich bearbeitet, beantwortet und im gegenseitigen Einverständnis gelöst wurden. Diese sich selbst gern reden hörenden Stadverordneten nutzen auch in Trebbin jede sich ihnen bietende Möglichkeit.

Auf Initiative unserer Fraktion und einer Unterschriftensammlung für eine TAFEL in Trebbin wird nun im Gemeindezentrum Thyrow versucht, eine Versorgung der TAFEL mit Unterstützung des Jobcenters aufzubauen. Konkrete Maßnahmen und Termine

hierzu sind uns als Fraktion zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht bekannt. Aktuell beteiligen und unterstützen wir die Erarbeitung, Machbarkeit und Umsetzung eines Energiewirtschaftskonzepts für die Stadt Trebbin und der Ortsteile (bereits vor der Atomkatastrophe in Japan).

Für die vergangenen Haushaltsjahre setzen wir uns für einen ausgeglichenen Haushalt ein und behalten dabei ein Auge darauf, dass nicht zu Lasten der Sozialausgaben und anderer Freiwilliger Aufgaben Einsparungen vorgenommen wurden. Der Haushaltsentwurf für dieses Jahr ist noch nicht eingebracht und soll mit einer Eröffnungsbilanz gemäß Doppik eingebracht werden. Bei den Diskussionen für den jeweiligen Haushalt kamen die radikalsten und einschneidendsten Vorschläge zum Nachteil der Bürger nicht nur im sozialen Bereich bisher von den parteiunabhängigen Wählervereinigungen.

Da in der Stadverordnetenver-



sammlung auch Mitglieder des Kreistages sitzen, würde ich mir gern eine Rückinformation über das Abstimmungsverhalten dieser über unsere Kreistagsfraktion wünschen, denn oftmals widersprach sich deren Abstimmungsverhalten im Kreistag und in der Stadverordnetenversammlung. <

Hartmut Radtke

Mitglieder der Fraktion DIE LINKE in der SVV Trebbin:

Hartmut Radtke, Vorsitzender
Bernd-Bodo Nelke

(Der Fraktionsvorsitz wechselt in diesem Herbst nach der Hälfte der Wahlperiode.)

Ernst Thälmann zum 125. Geburtstag

Am 16. April 2011 gedachten viele Mitstreiter des Arbeiterführers Ernst Thälmann in Berlin am Denkmal in der Greifswalder Straße. Vor 25 Jahren wurde diese Gedenkstätte eingeweiht, 100.000 Menschen hatten damals daran teilgenommen.

Diese Zahl wurde 2011 bei Weitem nicht erreicht, wird doch das Wirken der Kommunisten von den bürgerlichen Medien völlig ignoriert. Ein Bekennnis zu Ernst Thälmann gleicht schon einem Stigma.

Anliegen der Teilnehmer war es zu verhindern, dass das Vermächtnis Thälmanns nicht noch mehr der Vernichtung preisgegeben wird. Es sprachen Dieter Rolle, Ellen Brombacher von der Kommunistischen Plattform der LINKEN und Patrick Kobele. Sie

erinnerten daran, dass es Thälmann war, der sich mit mahnenden Worten gegen den heraufziehenden Faschismus und dessen Folgen wandte. Diese Haltung musste er bitter mit Zuchthausstrafe und Konzentrationslager bezahlen.

Er blieb standhaft bis zu seinem letzten Tag, dem Tag, an dem es die Nationalsozialisten für notwendig befanden: „Ist zu exekutieren“. Am 18. August 1944 wurde der feige Mord vollzogen - ohne Gerichtsurteil. Neben Ernst Thälmann wurden noch Zehntausende Kommunisten Opfer des faschistischen Terrors: John Schehr und Genossen.

Vor den Trümmern des schrecklichen Zweiten Weltkrieges stehend, waren alle vernunftbegabten Menschen getreu dem Schwur von Bu-

chenwald der Meinung, dass sich ein derartiges Inferno niemals wiederholen darf.

Mir sind ihre Lehren und ihr Vermächtnis verpflichtend, allen Geschichtsfälschungen und allen Entstellungen zum Trotz.

Auch heute noch haben die Lehren aus jener Zeit aktuellen Bezug. Im Interesse eines Maximalprofits werden weltweit immer mehr soziale, religiöse, ethnische und politische Konflikte geschürt und mit militärischen Mitteln ausgetragen unter dem Vorwand, das im Namen von Freiheit, Demokratie und Menschenrechten tun zu müssen. Und Deutschland ist stets in mehr als zehn Krisenregionen dabei.

*Manfred Gustke,
Luckenwalde*

Fortsetzung von Seite 1

- Niedriglöhne unter der Mindestlohngrenze führen schon jetzt dazu, dass in den letzten vier Jahren 50 Milliarden Euro für ergänzende Leistungen nach dem SGB II gezahlt werden mussten –aus Steuergeldern. Der Steuerzahler kofinanziert auf diesem Wege Dumpinglöhne.

- Ein Mindestlohn muss, wenn er den Namen verdient, sichern, dass ein Arbeitnehmer durch Vollzeitbeschäftigung ein Einkommen über dem Existenzminimum erzielt.. Gleichzeitig muss dieser Mindestlohn dem Arbeitnehmer im Alter ein Leben in Würde , ohne aufstockende staatliche Leistungen ermöglichen.

- Bereits am 09. 10. 2008 forderte das Europäische Parlament, eine Vorgabe für Mindestlöhne in der EU einzuführen. Maßstab sollte eine Vergütung von mindestens 60% des Durchschnittslohns sein. Ein Zeitplan zur Einhaltung dieser Vorgabe sollte erstellt werden.

- DIE LINKE-Fraktion im Bundestag schlug eine Einführungsphase von zwei Jahren vor (2011 bis 2013), um auch den Unternehmen entsprechende Zeit zu geben. Für diese Zeit waren „in begründeten Einzelfällen wirtschaftliche Hilfen für Unternehmen“ vorgesehen.

- Der gesetzliche Mindestlohn ist ein Schutz davor, dass unternehmerischer Wettbewerb (Konkurrenzkampf) auf dem Rücken der Arbeitnehmer ausgetragen wird.

- 70% der deutschen Bevölkerung befürworteten die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns, die meisten in Höhe von zehn Euro.

- Dieser Mindestlohn unterstützt die Gleichstellung von Mann und Frau, die Angleichung der Lebensbedingungen in Ost und West, ist Ausdruck des Sozialstaatsprinzips.

- Der gesetzliche Mindestlohn kurbelt die Binnenkonjunktur an und erhöht die Zuflüsse in die Sozialkassen.

- Er weist profitgierige Unternehmer in gewisse Schranken, verhindert Dumpinglöhne.

- Der gesetzliche Mindestlohn würde den Integrationsprozess zwischen den EU-Ländern fördern.

Debatte und Abstimmung im Bundestag

Da auch Bündnis 90/Die Grünen und die SPD je einen Antrag eingereicht hatten, wurden alle drei Anträge im Block behandelt.. Für dieses wichtige Thema standen eineinviertel Stunden für die Aussprache zur Verfügung.

Alle drei Anträge waren vorher im Ausschuss für Arbeit und Soziales beraten worden; er hatte eine Beschluss-Empfehlung an den Bundestag gegeben.

Die einreichenden Fraktionen be-



gründeten nochmals – jetzt mündlich – vor dem Plenum ihren jeweiligen Antrag.

Während DIE LINKE zehn Euro Mindestlohn brutto vorschlug, bei Einführung ab 1. Mai 2013, verlangten die Grünen 7,50 Euro ab 1. Mai 2011. Die SPD forderte einen gesetzlichen Mindestlohn, der „Armutslöhne“ verhindert. Eine feste Größe wird im Antrag nicht genannt.

Der Ausschuss für Arbeit und Sozi-

ales empfahl dem Bundestag die Ablehnung aller drei Anträge. Die Vertreter der schwarz-gelben Koalition „argumentierten“ mit der Gefahr des Verlustes von Arbeitsplätzen, dem ungesetzlichen Eingreifen in die Tarifautonomie von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden, der Gefahr der „Planwirtschaft“ u.ä. .

Die Abstimmung ergab für mich ein interessantes Bild:

1. Der Antrag der Fraktion DIE LINKE wird von allen anderen Fraktionen abgelehnt.

2. Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird von CDU7CSU und FDP abgelehnt, von der einreichenden Fraktion befürwortet, SPD und LINKE enthalten sich der Stimme.

3. Der Antrag der SPD wird von CDU7CSU und FDP abgelehnt, von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und LINKE befürwortet.

Erneut hat die seit dem Anschluss der DDR an die BRD geltende Klausel gesiegt, alle von PDS bzw. Linkspartei eingebrachten Vorschläge oder Anträge grundsätzlich abzulehnen. Der Antrag der SPD wäre der kleinste gemeinsame Nenner gewesen.

Diese Abstimmung zeigt ganz deutlich: Während die regierende schwarz-gelbe Koalition einheitlich ihre Macht demonstriert, ist die Opposition weiterhin zersplittert.

Aber: Die bundesdeutschen Wähler haben sich 2009 bei der Bundestagswahl so entschieden.

*Ingrid Köbke,
Nuthe-Urstromtal*

Beispiele für Mindestlöhne:

Australien: 10,40 Euro
Luxemburg: 10,16 Euro
Frankreich: 9,00 Euro
Niederlande: 8,74 Euro
Belgien: 8,58 Euro

Meine Eindrücke von der Leipziger Buchmesse 2011

Für vier Tage war Leipzig wieder die Hauptstadt der Literatur. Immer wieder eine Freude, dass trotz Ausrichtung auf moderne, digitale Medien, E-Books und Handy-Romane das gedruckte Buch mehr denn je lebt.

Zur Buchmesse ist in den Messehallen alles zu erleben: Kunst und Kommerz, Lautes und Leises, Buntes und Schillerndes, junge Verlage mit frischen Ideen, hautnahe Begegnungen mit Autorinnen und Autoren. Das macht die Messe für Leseratten spannend und interessant.

163.000 Besucher verzeichnete die Buchmesse an vier Tagen, wieder Rekord. Das Lesefest „Leipzig liest“ feierte 20. Geburtstag. Waren es anfangs überschaubare 80 Mitwirkende, so waren es in diesem Jahr ca. 2.000 Veranstaltungen mit 1.500 Autoren. Ob in der Uni-Bibliothek oder in der Szene-Kneipe, überall traf man auf die Leselust und Leidenschaft der Leipziger und ihrer Gäste. „Leipzig liest“ ist Europas bedeutendstes Lesefest und darauf sind die Leipziger mit Recht stolz.

Die Buchmesse wird zunehmend familienorientiert und legt sehr viel Augenmerk auf Kinder und Jugendliche. Das zeigte sich besonders am Sonntag mit vielfältigen Angeboten für die ganze Familie. Ein sehr begrüßenswerter Weg, um Kinder frühzeitig an Bücher heranzuführen.

Wie in jedem Jahr wurden in folgenden Kategorien Preise verliehen:

Kategorie Belletristik: - *Clemens J. Setz*: „Die Liebe zur Zeit des Mahlstädter Kindes“ – Ein Künstler überlässt eine Skulptur den Bürgern der Stadt zur Vollendung. Die Bürger arbeiten sich prügelnd und wütend an dieser Skulptur ab.

- *Arno Geiger*: „Der alte König in seinem Exil“ – Der Autor begleitet seinen Vater in die Demenz und entdeckt, dass die Person des Vaters auch im Alter Charme, Witz und Würde hat. (Sehr empfehlenswert).

Kategorie Sachbuch./Essayistik:
- *Patrick Bahners*: „Die Panikmacher. Die deutsche Angst vor dem Islam. Eine Streitschrift“ – Der Autor argumentiert mit menschenfreundlicher Sachlichkeit und Klarheit im Rahmen der Islam- und Integrationsdebatte. (Sehr empfehlenswert).

- *Karen Duve*: „Anständig essen. Ein Selbstversuch“ (Empfehlenswert).

Zur Buchmesse suche ich jedes Jahr Anregungen für mein eigenes Lesebedürfnis, gleichzeitig aber auch für die Kulturarbeit im Rahmen der Initiative „Kultur an der B101“ und für die Leseratten unseres Lesestübchens. Mein Interesse gilt immer Autoren, die sich mit aktuellen politischen Verhältnissen auseinandersetzen. Beeindruckt von der Klarheit der Aussagen, den ehrlichen Positionen und verantwortungsbewusster Einmischung ins Zeitgeschehen, empfehle ich die Bücher von *Friedrich Schorlemmer*. „Zorn und Zuwendung“ (Gespräche mit Schütt) und *Jürgen Todenhöfer*: „Teile dein Glück und du



veränderst die Welt“.

Im Bereich Belletristik habe ich mir aus der Fülle vier Autoren herausgesucht, deren literarische Themen und deren Sprache mir zusagen:

Martin Suter: „Allmen und die Libelle“ – Ermittler Allmen, eleganter Lebeamann und Feingeist, finanziell in Schwierigkeiten, löst seinen ersten Fall. *Jörg Thadeusz*: „Die Sopranistin“ – Während einer Gala anlässlich einer wichtigen deutschen Preisverleihung wird ein Anschlag verübt.

Margriet de Moor: „Der Maler und das

Mädchen“ – Die Geschichte eines Malers (wahrscheinlich Rembrandt) und sein ungewöhnliches Bildnis einer jungen Frau, die zur Mörderin wurde. (Ein besonderes, anrührendes Buch). *Michael Degen*: „Familienbande“ – Aus dem Leben des jüngsten Sohnes von Thomas Mann, Michael Mann.

Zahlreiche Biografien überschwemmen jährlich die Buchmesse. Nicht alle, die sich für bedeutend halten, haben auch wirklich Bedeutendes zu sagen. Für mich persönlich lesenswert: *Gisela Steinecker*: „Immer ich“, *Walter Kohl*: „Leben oder gelebt werden“. Sein Auftreten auf der Buchmesse hat mich auf dieses Buch neugierig gemacht, weil es keine simple Abrechnung mit seinem Vater ist.

Das Schwerpunktland der diesjährigen Buchmesse war Serbien. Die serbische Gegenwartsliteratur zeichnet sich durch Vielfalt und pluralistischen Reichtum aus. Mehr als 100 Autoren und Mitwirkende waren in Leipzig vertreten, besonders erfreulich und hoffnungsvoll das gemeinsame Auftreten von Serben, Slowenen, Kroaten, Mazedoniern, Kosovaren und Albanern. Das macht Mut. Sie alle wandten sich literarisch besonders folgenden Themen zu: - dem Aufkommen konservativ-nationalistischer Strömungen, den Auswüchsen des Turbo-Kapitalismus, dem täglichen Überlebenskampf in den von Wirtschafts- und Finanzkrisen geschüttelten Ländern, der Bewältigung der Schrecken des Krieges. Für mich war die Buchmesse wieder ein wunderbares Erlebnis.

Ich habe Anregungen erhalten, neue Autoren kennengelernt und für Lesestoff der nächsten Zeit gesorgt. Wenn die Leser dieser Zeitung ebenfalls auf den einen oder anderen Titel neugierig geworden sind, würde es mich freuen.

Monika Krause,
Nuthe-Urstromtal

Neue Struktur in Ludwigsfelde

Am 7. April fand in der „Linken“ Geschäftsstelle in Ludwigsfelde unser April – LinksTreff statt. Dieses Gremium entwickelt sich seit Anfang des Jahres zu einem festen Bestandteil unserer Parteiarbeit in Ludwigsfelde. Bisher hatten die Programmdiskussion und Berichte aus der Stadtfraktion Priorität, aber dieses Mal wollten wir noch einmal Änderungen in den Parteistrukturen besprechen.

Schon seit Ende letzten Jahres haben wir darüber diskutiert, ob es nicht sinnvoller wäre, die drei BO unserer Stadt unter einem Dach als Stadtverband Ludwigsfelde mit gemeinsamen



Der neue Stadtvorstand

Terminen wirksam werden zu lassen. Der Stadtverband, sein Vorstand (bisher Koordinierungsrat) und unser Vorsitzender, Genosse Rainer Dominok, wurden von allen anwesenden Genossen so bestätigt.

Als weitere Mitglieder des Vorstandes erklärten sich weiterhin Angelika Linke, Wolfram Burkhardt, Peter Dunkel und Silvio Pape bereit.

Diese Strukturänderungen bedeuteten aber auch den Abschied von unseren verdienstvollen BO-Vorsitzenden: Genossin Dr. Renate Klettke und Genossen Dr. Horst Pukowski. Nachdem die beiden schon am 21. März 2011 aus der Runde der BO-Vorsitzenden des Gebietsverbandes Zossen durch unsere langjährigste Mitstreiterin Genossin Irma Hilka verabschiedet worden waren, sagte ihnen auch der Stadtverband mit Blumen und einem kleinen Geschenk für ihr jahrelanges Engagement von Herzen Dank. Rainer Dominok und der Vorsitzende unserer Stadtfraktion, Peter Dunkel, fanden viele anerkennende Worte.

Herzliche Glückwünsche senden die Basisorganisationen und Vorstände den Jubilaren, die in diesen Tagen Geburtstag feiern

Florian Golz in Blankenfelde zum 73. Geburtstag am 16.05.
Renate Hippauf in Jüterbog zum 71. Geburtstag am 18.05.
Helga Löblich in Großbeeren zum 72. Geburtstag am 19.05.
Prof. Dr. Helmut Fröhlich in Großbeeren zum 84. Geburtstag am 22.05.
Friedhelm Götz in Dahme/Mark zum 81. Geburtstag am 27.05.
Hildegard Kschempeck in Blankenfelde zum 78. Geburtstag am 28.05.
Gisela Kuhnt in Blankenfelde zum 73. Geburtstag am 29.05.
Annamaria Engert in Jüterbog zum 86. Geburtstag am 30.05.
Eva Sachse in Am Mellensee zum 86. Geburtstag am 31.05.
Hans-Joachim Büchner in Ludwigsfelde zum 92. Geburtstag am 02.06.
Josef Sagner in Luckenwalde zum 79. Geburtstag am 02.06.
Paul Freigang in Dahme/Mark zum 83. Geburtstag am 04.06.
Liselotte Fischer in am Mellensee zum 82. Geburtstag am 05.06.
Dora Dahlenburg in Blankenfelde zum 87. Geburtstag am 10.06.
Edith Weise in Luckenwalde zum 76. Geburtstag am 10.06.

Jürgen Kunaschik in Luckenwalde zum 40. Geburtstag am 28.05.

Programmdiskussion und Neues aus der Stadtfraktion vervollständigten die Tagesordnung, aber als Sahnehäubchen an diesem Tag darf man die Vorstellung einer jungen Genossin in unseren Reihen bezeichnen: Claudia, 27 Jahre jung, wurde mit offenen Armen begrüßt



Dr. Renate Klettke, Horst Pukowski und Irma Hilka

Am 8. April 2011 wurde Klaus Hubrig tatsächlich schon 60 Jahre alt. Als Mitglied der Kreistagsfraktion sowie der Stadtfraktion ist er ein jahrelanger, verlässlicher und schätzenswerter „linker“ Mitstreiter. Der Stadtverband und die Stadtfraktion gratulierten von Herzen.

Angelika Linke,
Ludwigsfelde

Ausstellung

Die Geschäftsstelle in Jüterbog präsentiert seit Ende März eine neue Ausstellung mit dem Thema „Landschaft und Blumen“.



Genossin Edith Schnabel aus Berlin hat nach Ende des Berufslebens begonnen, sich mit Malerei zu beschäftigen. Durch die Teilnahme an Malzirkeln lernte sie die verschiedensten Techniken kennen und nutzen. Die gelungene Ausstellung zeigt aus Platzgründen nur einen kleinen Ausschnitt ihres Könnens, das schon in der Vergangenheit an mehreren Orten zu sehen war. Zur Eröffnung und von ersten Besuchern gab es durchweg positive Resonanz, vor allem zur Farbauswahl. Ein Besuch, der zu den Öffnungszeiten möglich ist, lohnt sich.

Petra Haase, Jüterbog

Termine

08.05.11

Regionales Gedenken zum 66. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus

09.05.11 19.00 Uhr

Kreisvorstand
Geschäftsstelle Luckenwalde

16.05.11 18.30 Uhr

Beratung der BO-Vorsitzenden
Geschäftsstelle Ludwigsfelde

Bildungsabend

Prof. Dr. Karin Kulow
zum Thema:

**„Arabische Welt
im Umbruch?“**

**Am 16. Mai um 17.00 Uhr
in der Zinnaer Straße 36
Luckenwalde**

18.05.11 14.00 Uhr

Redaktion
Geschäftsstelle Luckenwalde

09.06.11 18.00 Uhr

LinksTreff
Geschäftsstelle Ludwigsfelde

IMPRESSUM

Geschäftsstellen: 14943 Luckenwalde, Zinnaer Str. 36, Tel: 0 3371/632267, Fax: 63 69 36, 14913 Jüterbog, Große Str. 62, Tel: 033 72/432691, Fax: 443033, 14974 Ludwigsfelde, A.-Tanneur-Str. 17, Tel: 03378/510653
Spendenkonto: 363 302 7415,
BLZ: 160 500 00 bei der MBS Potsdam
Redaktionsschluss: 18. Mai 2011, der nächsten Ausgabe: 15. Juni 2011

Veröffentlichte Beiträge müssen nicht in jedem Fall mit der Meinung des Herausgebers übereinstimmen. Leserbriefe und Zuschriften sind ausdrücklich erwünscht.

Herausgeber: DIE LINKE. Kreisverband Teltow-Fläming,
V.i.S.d.P.: Tina Senst, E-Mail: info@dielinke-teltow-flaeming.de

Maigedanken

1. Der 1. Mai in jedem Land,
als Kampftag war er wohlbekannt.
Für gute Arbeit, guten Lohn
kämpften unsre Ahnen schon.

3. Kein Geld für gute Zukunft unsrer
Jugend,
doch Rettungsschirme preist man
an als Tugend.
Auch die Alten haben nichts zu lo-
ben,
der Rentenbeginn, der wird ver-
schoben.

5. Atomkonsens, da stieg man aus,
für unsre Enkel wird's ein Graus.
Wenn Schwarz-Gelb nach Japan an-
ders spricht,
den Lügner glaubt man besser
nicht.

7. Wenn mancher auch noch anders
denkt,
man kriegt im Leben nichts geschenkt.
Jeder muss sich täglich selbst einbringen,
um gutes Leben für alle zu erringen.

2. Heut feiern wir mit Steak und Bier,
das Resultat, das kennen wir.
Mit Dumpinglohn und Zeitarbeit
macht sich prekäres Leben breit.

4. Gesundheitskosten steigen immer
mehr,
das lobt die Pharma-Lobby sehr.
Dank Rösler steigen die Profite wei-
ter,
Zusatzbeiträge für Patienten - leider.

6. In Afghanistan und andern Kriegen,
verspricht man immer noch zu sie-
gen.
Eine Terrormeldung die andre hetzt,
drum brauchen alle Frieden - jetzt.

Rosa Luxemburg in Wünsdorf - Zeitgeschichtliche Spuren

Am 19. Juni 2011 begehen wir zum dritten Mal den Jahrestag der Beisetzung von Rosa Luxemburg, die am 13. Juni 1919 auf der Gedenkstätte der Sozialisten in Friedrichsfelde zu Grabe getragen wurde.

Wir laden Sie recht herzlich ein, mit uns eine Erkundung des Geländes rund um das ehemalige Militärhospital in Wünsdorf-Waldstadt zu unternehmen, wo Rosa Luxemburg

mehrere Tage aufgebahrt wurde. Wir treffen uns um 10:00 Uhr am Eingang des Hauses der Offiziere in der Hauptallee in Wünsdorf.

Anschließend um ca. 12:00 Uhr werden wir zum Gedenken an Rosa Luxemburg einen Kranz und Blumen an der Gedenkstelle „Militärhospital - Wünsdorf“ an der Rosa-Luxemburg-Straße niederlegen.

DIE LINKE. Zossen

Kreisparteitag

**Am 25. Juni 2011 findet ab
9.30 Uhr im Bürgerhaus
Wünsdorf die 3. Tagung des
2. Kreisparteitages
DIE LINKE. Teltow-Fläming
statt.**

**Alle Genossinnen und
Genossen sind herzlich
eingeladen, sich auf diesem
Programmparteitag an der
Diskussion zu beteiligen. <**